



Im Auftrag der Fraktionen
Thorsten Kirschner
1. Vorsitzender SPD-Fraktion

Thorsten Kirschner ♦ Winterberger Str. 42 ♦ 58332 Schwelm

An den
Bürgermeister

der Stadt **Schwelm**

Per E-Mail: fraktionspost@schwelm.de

Winterberger Str. 42
58332 Schwelm

T +49 (0) 2336 4705766

F +49 (0) 2336 4705767

M +49 (0) 163 3815535

E spd-fraktion-schwelm@t-online.de

Schwelm, den 12.06.2026

Durchführung einer Organisationsuntersuchung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Namen der unterzeichnenden Fraktionen stellen wir zur Beratung im nächsten HFA sowie im Rat am 16.07.2026 folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Organisationsuntersuchung durch einen geeigneten externen Anbieter vorzubereiten, die mindestens die Bereiche Jugend/Soziales und Immobilien umfassen soll. Ziel ist die Vorlage konkreter, umsetzbarer Maßnahmen mit finanzieller Bewertung, Priorisierung und Einschätzung der Auswirkungen auf Bürger, Mitarbeiter und Verwaltungsabläufe.

Im Zuge der Untersuchung sollen – soweit möglich – auch der bestehende gesetzliche Mindeststandard, die Auswirkungen und Potenziale der Digitalisierung sowie die Möglichkeiten der Interkommunale Zusammenarbeit betrachtet werden.

Begründung:

Die Haushaltslage der Stadt Schwelm ist bekanntlich sehr angespannt. Aus diesem Grunde halten die unterzeichnenden Fraktionen es für unerlässlich, alle noch verbleibenden Potenziale zur Optimierung zu identifizieren und sinnvoll zu nutzen. Eine Organisationsuntersuchung kann hierzu eine wertvolle Hilfestellung bieten.

Um den Aufwand für die Organisationsuntersuchung zunächst in einem vertretbaren Rahmen zu halten, sollen zunächst solche Bereiche untersucht werden, die einerseits kostenintensiv sind und in denen sich andererseits Erkenntnisse gewinnen lassen, die ggf. für weitere Bereiche nutzbar gemacht werden

können. Aus unserer Sicht bieten sich hierfür mindestens die Bereiche Jugend/Soziales und Immobilien innerhalb der Verwaltung an.

Zudem halten wir es für sinnvoll, im Zuge der Untersuchung – wenn und soweit dies sinnvoll möglich ist – auch die bestehenden gesetzlichen Mindeststandards, die Auswirkungen und Potenziale der Digitalisierung sowie Möglichkeiten der Interkommunalen Zusammenarbeit näher zu betrachten. Im Hinblick auf die gesetzlichen Mindeststandards soll dabei insbesondere untersucht werden, ob und inwieweit die aktuelle Praxis darüber hinausgeht und wie sich eine Rückführung auf gesetzliche Mindeststandards auf die Verwaltungspraxis sowie die Haushaltslage auswirken würde. Dadurch sollen Politik und Verwaltung eine belastbare Grundlage für die Abwägung erhalten, ob und ggf. inwieweit noch Einsparpotenziale bestehen und ob diese mit zumutbaren Auswirkungen genutzt werden können. Im Hinblick auf die Digitalisierung sowie die Interkommunale Zusammenarbeit sollen Politik und Verwaltung in die Lage versetzt werden, ggf. noch bestehende Potenziale zur Optimierung zu erkennen und, wo dies möglich und sinnvoll ist, nutzbar machen zu können.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Beratungen zum Haushalt halten wir es für tunlich, die Vorbereitung einer entsprechenden Untersuchung noch vor der Sommerpause – d.h. in der Ratssitzung am 16.07.2026 – auf den Weg zu bringen.

Wir bitten deshalb um zeitnahe Vorlage an die zuständigen Gremien.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thorsten Kirschner
(SPD-Fraktion)

gez. Michael Müller
(CDU-Fraktion)

gez. Marcel Gießwein (Fraktion
B'90/Die Grünen)

gez. Michael Schwunk
(FDP-Fraktion)

gez. Jürgen Kranz
(Fraktion SWG/BfS)